

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen****Zum Bericht des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft „Jugend im Parlament 2002“****Umweltpolitik: Die Stadt durch Flächenrecycling nachhaltig entwickeln, umweltfreundliche Verwaltung fördern, Gesundheitsrisiken beim Ausbau des Mobilfunknetzes berücksichtigen**

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von „Jugend im Parlament 2002“ haben sich ausführlich mit umweltpolitischen Themen beschäftigt. Sie haben u. a. Vorschläge zur nachhaltigen Stadtentwicklung, zur Verbesserung des Umweltschutzes in der Verwaltung und der Berücksichtigung eines vorsorgenden Gesundheitsschutzes bei dem Ausbau der UMTS-Mobilfunktechnologie erarbeitet. Die Jugendlichen haben damit Themen der Zukunft benannt und Aufträge an die Politik formuliert.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

- I. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt das umweltpolitische Engagement der Jugendlichen, das deutlich ablesbar ist bei den verabschiedeten Forderungen, und stellt zu den einzelnen Resolutionen Folgendes fest.
- II. Flächenpolitik
  1. Die Bürgerschaft (Landtag) erachtet die Revitalisierung von Brachen als vorrangig vor Zerstörung von Grün- und Erholungsflächen für Gewerbe- und Wohnnutzungen. Deshalb muss auf die Erschließung solcher Flächen, insbesondere auf die Westerweiterung des Technologieparks („Uni-Wildnis“), die Nutzung der Arberger und Mahndorfer Marsch sowie der Osterholzer Feldmark und Brokhuchting verzichtet werden.
  2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, für die Entwicklung des „Science-Parks“ in der Nachbarschaft der Internationalen Universität Bremen (IUB) im ersten Schritt ausschließlich die privaten und öffentlichen Flächen zu entwickeln, die im Norden der IUB zur Verfügung stehen. Erst nach einer Realisierung des „Science-Parks“ auf diesen Flächen und einer Konsolidierung der IUB auf eigener Grundlage darf die Erweiterung des „Science-Parks“ auf dem Gelände Oeversberg geprüft werden.
  3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, alle potenziellen FFH-Flächen wie das Hollerland und den Weddewardener Außendeich umgehend für die NATURA 2000 der Europäischen Kommission zu melden.
- III. Umweltfreundliche Verwaltung
  1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, alle Initiativen zu realisieren, die zu einer Senkung des Ressourcenverbrauchs in der öffentlichen Verwaltung führen. Dazu gehört nicht nur die Abfalltrennung, die laut Gesetz seit Anfang 2003 vorgeschrieben ist, sondern auch die Realisierung von Wasser sparenden Techniken wie z. B. der Einbau von Perlatoren oder Wasserspararmaturen.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, über die Umsetzung eines entsprechenden Investitionsprogramms der Bürgerschaft (Landtag) Ende 2003 zu berichten.
3. Der Anteil von Recyclingpapier in der öffentlichen Verwaltung ist mit 50 Prozent zu niedrig. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet vom Senat, diesen Anteil in den nächsten zwölf Monaten deutlich zu erhöhen und der Bürgerschaft (Landtag) im Mai 2004 erneut über die aktuelle Verwendung von Recyclingpapier zu berichten.

#### IV. UMTS-Anlagen

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bei dem Ausbau der Mobilfunkseideanlagen mögliche Gesundheitsrisiken stärker zu berücksichtigen und folgende Bedingungen zu gewährleisten:

1. Die Bevölkerung muss über die Beiräte einbezogen und ausreichend informiert werden.
2. Bei Sendeanlagen in Bereichen sensibler Nutzungen und in Dauer-aufenthaltsbereichen muss die Strahlenbelastung minimiert werden. Die Entscheidung für Standorte muss sich an einem Vorsorgewert orientieren, der niedriger liegt als die derzeit gültigen Grenzwerte.
3. Insbesondere an kritischen Standorten muss die Belastungssituation umgehend durch Messungen in Kombination mit Strahlenintensitätsdiagrammen erfasst werden, und die Ergebnisse müssen öffentlich zugänglich gemacht werden.
4. Die zurzeit mit den Beiräten strittigen Anlagen dürfen nicht freigegeben werden, solange nicht die Messungen abgeschlossen und die daraus abzuleitenden Standortoptimierungen mit den Beiräten abgestimmt sind.
5. Die UMTS-Einführung muss durch ein medizinisches Forschungsprogramm begleitet werden. Epidemiologische Forschung ist insbesondere bei der flächendeckenden Einführung einer neuen Technologie dringend erforderlich, um negative Gesundheitswirkungen überhaupt rechtzeitig entdecken zu können.

Dr. Karin Mathes,  
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen